

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtmeldungen: Nachrichten Dresden
Berliner-Druck-Verlag: 22241
Rat für Nachrichten: Nr. 25011
Erscheinung u. Hauptgeschäftsstelle:
Dresden - A. 1, Reichenstraße 23/24

Bezugsgebühr vom 1. bis 15. Juni 1930 bei täglich zweimaliger Auslieferung bei Haus 1.70 RM.
Wochensatzpreis für Monat Juni 2.40 RM. einm. 90 Wg. Postgebühr (ohne Postverteilungsgeld).
Wochensatzpreis für Monat Juni 2.40 RM. einm. 90 Wg. Postgebühr (ohne Postverteilungsgeld).
Wochensatzpreis für Monat Juni 2.40 RM. einm. 90 Wg. Postgebühr (ohne Postverteilungsgeld).
Wochensatzpreis für Monat Juni 2.40 RM. einm. 90 Wg. Postgebühr (ohne Postverteilungsgeld).

Druck u. Verlag: Dreyß & Reichardt,
Dresden, Postfach-Nr. 1068 Dresden
Kostendruck nur mit best. Costenangabe
(Dresden, Nachr.) (A. 1) (A. 1) (A. 1)
Erscheinung u. Hauptgeschäftsstelle:
Dresden - A. 1, Reichenstraße 23/24

Kabinettsitzung bis weit nach Mitternacht

Noch keine Entscheidung - Der Ruf nach Hindenburg

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 3. Juni. Die ursprünglich auf 7,30 Uhr abends angelegte Kabinettsitzung begann bereits um 6 Uhr und dauerte bis in die späten Abendstunden. Nach einem um Mitternacht ausgegebenen Kommuniqué beschäftigte sich das Reichskabinett unter dem Vorsitz des Reichskanzlers im ersten Teil der Kabinettsitzung zunächst sehr eingehend mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Milderung der Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung. Das Kabinett billigte grundsätzlich die vom Reichsarbeitsminister vorgelegenen Abänderungsbestimmungen, deren definitive redaktionelle Festlegung am kommenden Donnerstag erfolgen soll. Im allgemeinen stützen sich diese Vorschläge auf die Ausarbeitungen, die der Vorstand der Reichsanstalt auf Ansuchen des Reichstages in der letzten Zeit ausgearbeitet hat und kürzlich der Öffentlichkeit übergeben. Diese Reformvorschlüsse sehen innere Ersparnisse vor und außerdem einen gewissen Abbau der Leistungen bei Kategorien, bei denen es fraglich ist, ob sie mit gutem Recht wirklich noch der Unterstützung unterliegen. Ueber das finanzielle Ausmaß dieser Vorschläge herrscht noch nicht vollkommene Klarheit. Man rechnet unter der Hand mit einem Betrage von etwa 1/2 Milliarde.

Die Tatsache der Verschiebung der Vorverlegung der Kabinettsitzung auf 5,30 Uhr hatte noch keine besonderen politischen Gründe. Im Laufe des Tages waren nämlich Verhandlungen gepflogen worden, die Nachrichten über ein angeblich bevorstehendes Eingreifen des Reichspräsidenten im Gefolge hatten. Nach der einen Version hieß es, daß in der heutigen Kabinettsitzung ein Brief des Reichspräsidenten an den Reichskanzler vorliege und eine Rolle spielen würde, nach der anderen war die Rede von einem Aufruf des Reichspräsidenten für eine allgemeine Lohn- und Preislenkung. Beide Versionen sind in dieser Form unzutreffend.

Nichtig ist lediglich soviel gewesen, daß der Versuch gemacht worden ist, für die wirtschaftspolitisch an sich vielleicht durchaus begründbare Senkung der Löhne auf der einen Seite und Senkung der Preise auf der anderen Seite die Autorität des Reichspräsidenten in die Waagschale zu werfen.

Es haben in dieser Richtung in der letzten Zeit verschiedene Besprechungen stattgefunden, die aber im Laufe des heutigen Vormittags zu einem negativen Ergebnis geführt haben. Die Arbeitnehmervertreter, die mit dem Reichsverband der Deutschen Industrie in dieser Frage zusammenwirkten, sind zu einer Ablehnung des Vorschlages einer Lohnsenkung gekommen. Die Industrie dagegen stand auf dem Standpunkt, daß eine Preislenkung nur dann möglich sei, wenn auch die Löhne entsprechend gesenkt würden.

Anschließend mußte der für die späten Nachmittagsstunden angelegte Besuch beim Reichspräsidenten ausfallen.

Das Reichskabinett hatte nun keine Veranlassung mehr, seine Sitzung bis 1/8 Uhr abends hinauszuzögern. In dem Besuche selbst, der vielleicht in den nächsten Tagen eine Wiederholung finden wird, ist nur so viel zu sagen, daß es kaum angängig sein dürfte, für eine Aktion dieser Art den Reichspräsidenten in Anspruch zu nehmen, selbst wenn beide Parteien, also Arbeitnehmer und Arbeitnehmerverbände, einhellig einer Meinung wären. Praktisch läßt sich in unserem gegenwärtigen Regierungssystem eine solche tief einschneidende Maßnahme nicht durchführen.

So etwas ist vielleicht in Italien möglich, wo das Wort eines Mannes entscheidet und den Ausschlag gibt. In unserem parlamentarischen System, in dem die Parteien nach wie vor schrankenlos herrschen, könnte es aber nicht ausbleiben, daß diese oder jene Partei die Unzufriedenheit, die naturgemäß mit einer Lohnsenkung verbunden sein würde, für parteipolitische Zwecke ausnützen und bei kommenden Wahlen dann nach der Mentalität der breiten Wählermassen bestimmt einen großen Erfolg einheimen. Insofern kann es zunächst wenigstens als ein Glück bezeichnet werden, daß der Gedanke, den Reichspräsidenten bei dieser Aktion in Anspruch zu nehmen, fallengelassen worden ist.

Schon allzuoft in der letzten Zeit ist der Name des Reichspräsidenten mit politischen Aktionen verknüpft worden, bei denen es auf dieser oder jener Seite ernsthafter Bestimmungen gab und der große Feldmarschall immer mehr in die Gefahr kam, in die Niederungen des Meinungsstreites heruntergezogen zu werden. Gerade der dem Reichspräsidenten nahegebrachte Gedanke, sich mit der ganzen Größe seiner persönlichen Autorität in dieser heikelsten aller Fragen in die Verwickelung zu werfen, hätte sicherlich nur dazu geführt, den Namen Hindenburgs in ein Agitationspiel zu verwickeln, das der Würde und der Größe dieser der gesamten Nation gehörenden Persönlichkeit kaum entsprechen würde.

Die Kabinettsitzung zog sich bis weit nach Mitternacht hin. Wie man aus dem Kommuniqué ersehen ist, die letzte Entscheidung nicht einmal in der Arbeitslosenversicherungsfrage gefallen, sondern man hat sie erneut für einen späteren Zeitpunkt, nämlich nächsten Donnerstag, in Aussicht genommen. Diese Verschiebung entspricht auch den Informationen, die wir bereits früher veröffentlichten konnten. Im zweiten Teile der Kabinettsitzung wurde dann das viel umstrittene Ausgabenprogramm beraten. Es besteht die Meinung, die Durchführung dieses Gesetzes auf den Verzicht zu verschieben. Die Stellung des Kabinetts Bräutigams dürfte durch diese Handhabung der Amtsgeschäfte in den schwerwiegenden finanzpolitischen Fragen abermals einen Stoß erlitten haben. Schon früher wurde darauf hingewiesen, daß insbesondere ein rechtsstehendes Mitglied des Reichskabinetts für den Fall, daß die Finanzlenkung auf die lange Bank geschoben werden sollte, mit seiner Demission gedroht hätte. Große Unzufriedenheit herrscht in der Deutschen Volkspartei über das, wie man jetzt zum Teil ganz offensichtlich erklärt, Versagen des Reichsfinanzministers Dr. Moldenbauer. Der Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Schulz, hat den Parteivorstand nach Berlin beordert, um diesen gesamten Fragenkomplex mit ihm zu besprechen.

Die Kabinettsitzung war kurz nach 1 Uhr nachts beendet. Es wurde ein zweites Kommuniqué ausgegeben, das folgendes besagt:

„Das Reichskabinett wurde sich in Fortsetzung seiner Beratungen über die Deckungsvorschläge zum Reichshaushalt einig. Den Restoris wurde aufgegeben, die detaillierte gesetzgeberische Arbeit der Reichsregierung für die abschließende Kabinettsitzung am Donnerstag vorzulegen.“

Aus diesem Kommuniqué geht hervor, daß über das Ausgabenlenkungsprogramm, über das die wichtigsten Teile des Deckungsprogramms, überhaupt noch nicht gesprochen worden ist. Hinsichtlich der Deckungsvorschläge scheinen die schon bekannten Pläne zur Realisierung nunmehr vorbereitet zu werden. Immerhin ist auch hier bemerkenswert, daß man abermals die Entscheidung um zwei Tage hinausgeschoben hat, was nicht für eine besonders leichte Situation im Reichskabinett selbst spricht.

Vor neuem Aufschwung

Mit der schweren Depression der deutschen Wirtschaft, über deren Ursachen und Ablauf wir bereits vor einiger Zeit an dieser Stelle berichtet haben, beschäftigt sich nunmehr auch die internationale Handelskammer in Paris in ihrer letzten Veröffentlichung vom Mai 1930. Interessant an dieser Unternehmung sind die Feststellungen, daß sich aus der Depression bereits Kräfte gebildet haben, die in sich den Keim zu neuem Aufstieg der Konjunktur bergen. Die internationale Handelskammer betrachtet dabei die deutsche Wirtschaftslage im Rahmen des Konjunkturablaufes der Weltwirtschaft, insbesondere in ihrer Beziehung zur gegenwärtigen Wirtschaftslage der anderen hochentwickelten Industriestaaten, wie Amerika und England. Auch sie waren gleichfalls, wie ihre steil aufsteigende Arbeitslosenkurve zeigte, von der Krise schwer betroffen, freilich nicht in dem Ausmaße wie Deutschland. Das hat seinen Grund vor allem in der Schwächung der deutschen Kapitalkraft durch die Tributabgaben und durch die größere Belastung der deutschen Wirtschaft mit Steuern, Soziallasten und übernormalen Zinssätzen.

Welche Umstände sprechen nun im einzelnen für das Erwachen der Kräfte der Selbstheilung? Vor allem das Absinken der Preise. Nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt sind sie seit einiger Zeit im Fallen begriffen. Gewiß, für den Produzenten ist der Preisrückgang eine bittere Arznei. Aber nur auf diesem Wege vermag der Verbrauch wieder stärker angeregt zu werden und so mit der Produktion in ein Gleichgewichtsverhältnis gesetzt zu werden. Am stärksten kommt diese Entwicklung in dem konjunkturrempfindlichen Großhandelsindex zum Ausdruck, der von 141,0 im dritten Vierteljahr 1928 auf gegenwärtig 126,4 gesunken ist. Den stärksten Rückgang weisen die industriellen Rohstoffe mit 110,0 gegen 136 im Jahre 1928 auf, während die industriellen Fertigwaren nur von 159,5 auf 152,0 gesunken sind. Das starke Sinken der Preise für industrielle Rohstoffe ist ein Beweis dafür, wie sehr die Nachfrage nach ihnen infolge des starken Rückgangs der Produktion in allen Industrieländern gesunken ist. Da Deutschland mit Ausnahme der Kohle fast alle wichtigen Rohstoffe vom Auslande beziehen muß, bedeutet die Senkung der Preise für uns bei einer jährlichen Rohstoffimport von über 7 Milliarden eine fühlbare Erleichterung unserer Wirtschaftsbilanz zu Lasten des Auslandes. Zweifellos wird der starke Rückgang der Rohstoffpreise auch den Hauptanstoß zur Überwindung der gegenwärtigen Depression geben. Allerdings hat sich die Senkung der Rohstoffpreise bis jetzt noch nicht in erheblichem Maße auf die Preise der für unsere Ausfuhr wichtigen Fertigwaren ausgewirkt, weil andere Kostenbestandteile der Fertigwaren bis jetzt nicht gesenkt werden konnten. Das gilt von den Löhnen und den im Produkt enthaltenen Steuer- und Soziallasten. Hieraus ergibt sich wohl deutlich, wie notwendig die Vermeidung weiterer Belastung unserer Produktion durch neue Abgaben im Interesse des konjunkturellen Aufschwungs und der Förderung unserer Ausfuhr ist. In starkem Ausmaße hindernd auf einen stärkeren Rückgang der Preise der Fertigprodukte wirkt sich ferner die Höhe der Kapitalzinsen aus. Der Zinsabbau in Deutschland hat sich bisher nur bei kurzfristigen Geldern bemerkbar gemacht. Das bedeutet für das Wirtschaftsleben zweifellos mancher Erleichterung. Aber der Zinsabbau des Geldmarktes hat bisher noch nicht auf die Leihzinsen für langfristige Kapitalien eingewirkt, weil die letzteren noch immer erst in völlig unzureichendem Maße zur Verfügung stehen. Da Deutschland ebenso wie auf die Einfuhr von Rohstoffen zum Ausgleich seiner Zahlungsbilanz noch immer auf die Einfuhr fremden Kapitals angewiesen ist, würde ein Uebergreifen des Zinsabbaues von dem kurzfristigen Geldmarkt auf die langfristigen Kapitalmärkte von großem Einfluß auf die Anregung der deutschen Produktion sein. Es sind Anzeichen vorhanden, die für diese Entwicklung sprechen. Die Folge einer Belebung der Wirtschaft wird natürlich ein Rückgang der Arbeitslosigkeit sein, wodurch einerseits Einsparungen im öffentlichen Haushalt erzielt werden können, andererseits durch bessere Ausnützung der Produktionsanlagen eine Herabsetzung der Generalunkosten der Wirtschaft entsteht und durch vermehrten Verdienst eine gesteigerte Nachfrage ausgelöst wird.

Da sich Anzeichen einer aufsteigenden Konjunktur besonders im Auslande, das von den besonderen deutschen Schwierigkeiten nichts weiß, geltend machen, so ergeben sich aus der Verfestigung Deutschlands mit der Weltwirtschaft auch von dieser Seite neue belebende Kräfte für die deutsche Wirtschaft. Besonders steht zu hoffen, daß das Ausland in höherem Grade wieder Abnehmer deutscher Produkte wird, als in den letzten Jahren.

Während wir also noch im Zeichen der tiefen Depression stehen, regen sich bereits überall die Keime neuen blühenden Lebens. Sie zu pflegen wird die Aufgabe kommenden Monate sein. Wir wollen hoffen, daß die Reichsregierung sich führend durch eine wirtschaftsfreundliche Einstellung an dem Genesungsprozess beteiligt, damit der Unternehmungsgeist, auf den es in erster Linie ankommt, zu neuen Wirtschaftstätigkeiten ermuntert wird. Dann wird über der deutschen Volkswirtschaft nach langen Regenjahren wieder ein blauer Himmel und Sonnenschein leuchten.

Rundgebung des selbständigen Mittelstandes

Eine Rede des Reichsjustizministers Dr. Bredt

Berlin, 3. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Das Reichskartell des selbständigen Mittelstandes veranstaltete heute vormittag im Plenarsaal des ehemaligen Herrenhauses eine reichsweite Rundgebung gegen die Bestrebungen zur Vereinfachung der Umsatzsteuer, zu der Vertreter sämtlicher bürgerlichen Fraktionen des Reichs- und des Landtags, außer vom Zentrum und den Demokraten, erschienen waren. In einer einstimmig angenommenen Entschließung wurden folgende Forderungen aufgestellt:

Als oberster Grundgedanke der kommenden Finanzreform ist die Drosselung der Ausgaben das Allernotwendigste. Der steuerlichen Bevorzugung öffentlicher und gemeinnütziger Betriebe ist ein Ende zu machen. Die Steuerlasten müssten in gerechter Weise nach der Leistungsfähigkeit des einzelnen verteilt werden. Die Großbetriebe müssen für den durch ihre Betrieben verursachten Steueranfall herausgezogen werden.

Reichsjustizminister Professor Dr. Bredt betonte in kurzen Ausführungen, daß das Kabinett mit dem Reichskartell des selbständigen Mittelstandes einer Meinung

sei und unbedingt an der Beibehaltung der Umsatzsteuer festhalten werde. Gleichzeitig betonte er, daß in diesen Tagen ein Gesetz über das Zugabewesen fertiggestellt worden sei, das allen Forderungen entspreche. Das selbständige mittelständische Bürgertum sei nach Meinung des Kabinetts der Träger des gewaltigen Beamtenlades, nicht aber die Warenhändler und Konsumvereine. Deswegen werde man alles daransetzen müssen, um den selbständigen Mittelstand nicht von den Warenhändlern erdroffeln zu lassen.

Maßnahmen gegen die Kapitalflucht

Berlin, 3. Juni. Der Rechtsausschuss des Preussischen Landtages nahm am Dienstag einen Antrag Graf Poldowskys (Volksrechtspartei) an, dahin zu wirken, daß der Staatsgerichtshof die Frage untersucht, durch welche Elemente und Persönlichkeiten die Inflation hervorgerufen worden ist, durch die so unachtere Vermögenswerte vernichtet worden sind. Ferner wurde ein Antrag Dr. Deerborgs (D.N.) angenommen, beim Reich die dahin zu wirken, daß unverzüglich gesetzgeberische Maßnahmen ergriffen werden, um die immer mehr zunehmende Kapitalflucht in das Ausland zu verhindern.